

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1917

21.7.1917 (No. 195)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 195

Samstag, den 21. Juli 1917

160. Jahrgang

Expedition:
Karl-Friedrich-Str. 14
Fernsprecher Nr. 365 und 954,
Postfachkonto Karlsruhe
Nr. 3515.

Vorabdruckung: vierteljährlich 4.45 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4.45 M. —
Anzeigengebühr: die 6 mal gebaltene Zeile oder deren Raum 25 M. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tauffreier Rabatt, der
als Rabatt abgezogen wird und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung,
zwangsweiser Vertreibung und Kontowahrfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung,
Kaufverweigerung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Interent keine Ansprüche, falls die
Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Unverlangte Drucksachen
und Manuskripte werden nicht
zurückgegeben und es wird
keinerlei Verpflichtung zu irgend-
welcher Vergütung übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 3. Juli d. J. gnädigst bewegen gefunden, dem Oberjustizsekretär Eugen Blum beim Amtsgericht Billingen das Verdienstkreuz vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 3. Juli d. J. gnädigst bewegen gefunden, dem Oberreallehrer Wilhelm Schadenmeier an der Realschule in Emmendingen das Ritterkreuz II. Klasse mit Eichenlaub des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 3. Juli d. J. gnädigst bewegen gefunden, dem Oberreallehrer Georg Lamerdin an der Realschule in Schopfheim das Ritterkreuz II. Klasse mit Eichenlaub des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 5. Juli d. J. gnädigst geruht, den Oberjustizsekretär Eugen Blum beim Amtsgericht Billingen seinem untertänigsten Ansuchen entsprechend wegen leidender Gesundheit auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand zu versetzen und den bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand versetzten Amtsgerichtssekretär Oscar Färber in Freiburg zum Oberjustizsekretär beim Amtsgericht Billingen zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 5. Juli d. J. gnädigst geruht, den Oberreallehrer Wilhelm Schadenmeier an der Realschule in Emmendingen auf sein untertänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen und treu geleisteten Dienste auf Schluß des laufenden Schuljahres in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 5. Juli d. J. gnädigst geruht, den Oberreallehrer Georg Lamerdin an der Realschule in Schopfheim auf sein untertänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen und treu geleisteten Dienste auf Schluß des laufenden Schuljahres in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 5. Juli d. J. gnädigst geruht, den Professor Dr. Friedrich Dauner an der Friedrich-Luisenschule in Konstanz auf sein untertänigstes Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 5. Juli d. J. gnädigst geruht, dem Finanzamtmann Albert Bögele in Basel zum Übertritt in den Dienst der königlich preussischen Militärverwaltung die nachgeforderte Entlassung aus dem badischen Staatsdienst zu gewähren.

Der Finanzamtmann Dr. Franz Feker beim Sekretariat der Zoll- und Steuerdirektion wurde mit Entschädigung des Großh. Finanzministeriums vom 30. Juni d. J. zum Sekretariat dieses Ministeriums versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, den 20. Juli.

* Vom Tage.

Der neue Reichskanzler hat gesprochen und mit seinen Worten nicht nur einen außerordentlich tiefen, sondern auch einen außerordentlich guten Eindruck hervorgerufen. Seine beiden letzten Vorgänger im Amt, Fürst Billow und Herr von Bethmann-Hollweg, waren — jeder in seiner Art — hervorragende Redner. Das Talent des einen offenbarte sich mehr in der fein zugewählten, diplomatisch wohlüberlegten und politisch wirkungsvollen Form; der andere sprach tief und gedankentrich, mit der verhaltenen Leidenschaftlichkeit eines erwachsenen, lange prüfenden Mannes. Dr. Michaelis scheint ein gut Teil der Vorzüge von beiden in sich zu vereinigen. Auch für ihn ist die Rede der Offenbarungsausdruck der leitenden Gedanken und des staatsmännischen Willens. Aber er weiß, daß jedes geprobene Wort auch sein Echo hat, und daß es oft, mehr oder minder entstellend, als Waffe gegen seinen Urheber verhandelt wird. Dementsprechend hat er seine Worte sorgfältig gepolstert und ihre Wirksamkeit vorher wohl erwogen. Er hat es mit Menschen und nicht mit abstrakten Begriffen zu tun. Die Kunst der Menschenbehandlung besteht aber vor allem darin, daß man in richtiger Erkenntnis und rechter Würdigung der ihnen eigentümlichen Ge-

fühle zu ihnen zu sprechen weiß. Politische Klugheit und sichere Menschenkenntnis werden den Redner dabei bewahren, mehr zu sagen, als er sagen wollte, oder weniger zu sagen, als er nach Lage der Dinge sagen mußte. Immer wird ein Staatsmann, der in diesem Sinne Redner ist, einen starken Eindruck auf den Zuhörer machen. Steht hinter seinen Worten noch die Macht einer kraftvollen, in sich geschlossenen Persönlichkeit, so wird dieser Eindruck auch ein tiefer und nachhaltiger, auf die Dauer mitfortreichender sein. Nach den Berichten, die heute vorliegen, hat der neue Kanzler im Parlament einen solchen tiefen Eindruck hervorgerufen und damit die Überzeugung erweckt, daß eine willensstarke und bedeutende Persönlichkeit der Geschicke des Reiches leitet, eine Persönlichkeit, die Offenheit mit Klugheit, Zielsicherheit mit diplomatischem Geschick vereint.

Betrachten wir den Wortlaut seiner Rede, so haben uns vor allem die Stellen zu interessieren, die sich ganz unmittelbar mit den durch die Ereignisse der letzten Zeit aufgeworfenen großen Fragen beschäftigen. Diese Fragen harren dringender der Antwort. Daß sie so erfolgt ist, wie es gestern geschah, wird jeder gute Deutsche als ein Glück für unser Vaterland begrüßen. Was zunächst die Kriegszielresolution der Mehrheit anlangt, so hat der Kanzler ihr der Form nach weder zugestimmt noch widersprochen. Aber er hat erklärt, daß die Ziele, die die Feinde sind, sich im Rahmen der Resolution, wie er sie aufstellt, wohl erreichen lassen. Welches sind nun diese Ziele? Der Kanzler geht von der Feststellung aus, daß überall der Wunsch nach Frieden besteht. Da Deutschland den Krieg nicht gewollt hat, und ihn auch nicht gewollt hat, um Eroberungen zu machen und seine Macht gewaltsam zu vergrößern, so wird es den Krieg nicht einen Tag länger führen, wenn es den Frieden haben kann. Gewalttätige Eroberungen lehnt der Kanzler ausdrücklich ab. Aber mit demselben Nachdruck hat er gleich darauf erklärt, daß wir den Frieden nicht noch einmal anbieten können. Wenn die Zeit zu Friedensverhandlungen gekommen ist, dann ist das, was wir nach dem Willen des Kanzlers in erster Linie erreichen müssen, die Sicherstellung unserer Grenzen für alle Zeit. Doch will Herr Michaelis, daß dieses Ziel auf dem Wege der Verständigung und des Ausgleichs erreicht wird. Der Friede soll die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bilden. Wir sehen also, daß der Kanzler in glücklicher Verbindung zweier Forderungen, die bisher im Streit der Parteien als durchaus gegensätzliche behandelt wurden, den Sicherungs- und d. Verständigungsfrieden erstrebt. Daß er dabei über den Tag hinaus auch an die Zukunft und ihre großen Notwendigkeiten denkt und in der Erkenntnis dieser für alle Welt gleichen Notwendigkeiten die Versöhnung der Völker verlangt, macht ihn als Staatsmann, wie als Christen wahrhaft alle Ehre.

Diese seine Ziele lassen sich, wie gesagt, im Rahmen der Resolution wohl erreichen. Und nochmals wiederholt der Kanzler seinen Standpunkt mit den Worten: „Wenn die Feinde ihre Eroberungsgelüste aufgegeben haben und eine Verständigung wünschen, dann sind das gesamte deutsche Volk u. die deutsche Armee mit samt ihren Führern, die mit dieser Erklärung einverstanden sind, darin einig, daß wir den Gegner, der die Fühler ausstreckt, fragen werden, was er zu sagen hat; und wir wollen dann ehrlich und friedensbereit in Verhandlungen eintreten. Bis dahin müssen wir aber geduldig und ruhig ausharren.“ Auch diese Worte des neuen Kanzlers sind nicht nur bedeutungsvoll an sich — zeigen sie uns doch u. a., daß er mit der Obersten Seeresleitung völlig Hand in Hand geht —, sondern sie sind auch sehr glücklich gewählt. Was hilft uns zur Zeit die Friedensbereitschaft, der Wunsch nach einem Verständigungsfrieden, wenn die Entente einen solchen ausdrücklich ablehnt und nach wie vor einen Frieden fordert, der uns demütigt und in unseren Existenzbedingungen vernichtet? Da müssen wir eben weiter ausharren und weiter kämpfen.

Daß die augenblickliche Lage an der Front und im Innern geeignet ist, den festen Willen zum Ausharren zu rechtfertigen und zu stärken, hat auch der Kanzler erkannt und nachdrücklich betont. Dabei schätzt er erfreulicherweise die Dinge nicht etwa nach dem Maßstab eines übertriebenen Optimismus ein. Er betrachtet den U-Bootkrieg als eine Waffe, die Englands Kriegführung von Monat zu Monat in wachsendem Maße schädigt, so daß

es sich dem Friedensbedürfnis nicht lange mehr wird entgegensetzen können. Aber Terminangaben macht der Kanzler nicht. Im übrigen dürfen wir versichert sein, daß, je länger England mit dem Eingeständnis seiner Friedensbereitschaft zögert, die Schädigungen dieses Feindes auch um so nachhaltiger und furchtbarer sein werden. Die militärische Lage bezeichnet Herr Dr. Michaelis als sehr gut. Und von der neuen Ernte sagt er, daß sie, wie 1915, eine gute Mittelernte zu werden verspricht. Sind wir bei der schlechten Ernte 1916 ausgekommen, so werden wir bei straffer Erfassung und voller Rationierung in diesem Jahre erst recht durchkommen.

Zur Frage der Neugestaltung übergehend, erklärte der Kanzler, er stelle sich auf den Standpunkt des kaiserlichen Wahlrechtsverlasses, und er halte es ferner für nützlich und notwendig, daß zwischen den großen Parteien und der Regierung eine engere Fühlung wie bisher eintritt. Er sei bereit, auf dem Boden des bundesstaatlichen Charakters des Reiches alles zu tun, was dieses Zusammenarbeiten fördern kann, und halte es auch für wünschenswert, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Parlament und Regierung dadurch enger wird, daß Männer in leitende Stellungen berufen werden, welche das volle Vertrauen der großen Parteien in der Volksvertretung genießen. Aber nochmals betonte er, daß selbstverständlich dies alles nur unter der Voraussetzung möglich sei, daß von der anderen Seite das verfassungsmäßige Recht der Reichsleitung zur Führung in der Politik nicht geschmälert wird. „Ich bin nicht willens, mir die Verantwortung aus der Hand nehmen zu lassen.“ Und wir sind überzeugt, daß der Mann, der diese Worte spricht, wohl auch das Zeug in sich hat, sie wahr zu machen. Das ist es ja gerade, was unser Volk, was auch seinen Ende der Reichstag verlangt: einen Führer! Möge der neue Kanzler es werden! Und möge unser Volk sich getrost seiner Führung anvertrauen! Wir glauben, daß der Weg, den er eingeschlagen hat, zum dauernden Glück unseres Vaterlandes führt.

Es gereicht dem Reichstag, der gestern übrigens vollzählig versammelt war, zur Ehre, daß er die Bedeutung der Stunde recht erkannt und den neuen Kanzler so gewertet hat, wie er es verdient. Die Resolution ist, wie nicht anders zu erwarten war, mit Mehrheit (214 gegen 116) angenommen. Dagegen gestimmt haben die Konservativen, der größte Teil der Deutschen Fraktion, der Nationalliberalen, mehrere Abgeordnete der Zentrumspartei und die unabhängigen Sozialdemokraten. Die Begründungen, die die Redner der Mehrheitsparteien der Resolution mit auf den Weg gaben, waren derart gehalten, daß sie den Unmut, der sich bei vielen Vaterlandsfreunden gegen die Resolution geltend gemacht hatte, zu einem großen Teile beseitigen konnten. Sowohl der Abgeordnete Fehrenbach (Zentrum), wie der Abg. von Bayer (Fortführ. Volkspartei) betonten, daß die Resolution kein Friedensangebot, sondern lediglich eine ehrliche Friedensfundgebung sei, und daß das ganze deutsche Volk in gerechtem Zorn aufstehen und seine Einigkeit und Unüberwindlichkeit beweisen werde, wenn der Feind sie zurückweisen sollte. „Wir werden und wollen dann durchhalten bis zum siegreichen Ende.“ Und auch der Sprecher der sozialdemokratischen Mehrheit betonte, daß wir weiter kämpfen werden, wenn der Feind ablehnt. Der Sprecher der Konservativen erklärte, daß seine Fraktion die Resolution bedauere und sie ablehne, da sie als ein Zeichen unserer Schwäche gedeutet werden könne. Auch er schloß sich aber der Meinung an, daß Deutschland zu Friedensverhandlungen bereit sein müsse, wenn unsere Feinde sich unter Verzicht auf ihre Forderungen zu Verhandlungen anbieten. Die Nationalliberalen lehnten zwar die Resolution ab, ließen aber erklären, daß sie sich nach wie vor zu dem Satz vom 4. August 1914 bekennen: „Uns treibt nicht Eroberungsjucht.“ Die Nationalliberalen sind zu einem Frieden bereit, der dem deutschen Volke volle Sicherung seiner Grenzen und ferner eine dauernde Versöhnung der Völker gewährleistet. So ergab sich aus den Reden der Parteiführer bei aller Wahrung des besonderen Parteistandpunkts doch das Bestreben, einander näher zu kommen, der Wille zur Einigkeit und weiter der Wunsch, mit dem neuen Kanzler vertrauensvoll zum Besten des Vaterlandes zusammenzuarbeiten. Die Redner

der drei Mehrheitsparteien haben sich darüber hinaus mit den Ausführungen des Kanzlers einverstanden erklärt. Ihren geschäftlichen Ausdruck fand jene Einmütigkeit in der Annahme der Kreditvorlage in zweiter Lesung mit allen Stimmen gegen die der unabhängigen Sozialdemokraten. Die aus dem Hause beantragte sofortige dritte Lesung der Vorlage konnte nicht stattfinden, da der Abg. Ledebour, unterstützt von mehr als 15 Mitgliedern, widersprach.

Überblicken wir den Verlauf der gestrigen Reichstags-Sitzung, so dürfen wir feststellen, daß sie ein glückliches und gutes Ergebnis gezeitigt hat. Sie wirkt mit ihren Reden und Taten, voran aber mit der Rede des neuen Kanzlers, wie die starke Verheißung einer schönen Zukunft, einer Zukunft vaterländischer Einigkeit und Größe!

Die Antrittsrede des neuen Reichskanzlers im Reichstag.

Nachstehend geben wir die Rede, die Reichskanzler Dr. Michaelis in der gestrigen Reichstags-Sitzung hielt, in ausführlicher Fassung wieder. Der Kanzler führte aus:

Nachdem S. M. der Kaiser mich zum Amt des Reichskanzlers berufen hat, habe ich heute zum ersten Male die Ehre, mit dem hohen Hause in Verbindung zu treten. In ernster Zeit ist die ganterschwere Last auf meine Schultern gelegt. Im Hinblick auf Gott und im Vertrauen auf die deutsche Kraft habe ich es gewagt und werde nun der Sache dienen bis zur letzten Stunde. Von Ihnen, meine Herren, erbitte ich vertrauensvolle Mitarbeit in dem Geiste, der sich in dem hochverdienten Manne, der auf diesem Posten vor mir gestanden hat, in herber Kritik geübt worden, Kritik vielfach mit Feindschaft und Haß. Ich habe die Empfindung, es wäre würdiger gewesen, Feindschaft und Haß hätten Gott gemacht hinter der verschlossenen Tür. (Sehr richtig!) Erst wenn das Buch dieses Krieges eröffnet vor uns liegen wird, dann werden wir voll würdigen können, was Bethmanns Kanzlerschaft für Deutschland bedeutete. (Sehr richtig!)

Wenn ich nicht sehr gläubig an die Gerechtigkeit unserer Sache, dann hätte ich das Amt nicht übernommen. Wir müssen uns täglich die Ereignisse vor drei Jahren vor Augen halten, die geschichtlich feststehen und die beweisen, daß wir in den Krieg gezwungen worden sind. Rußlands Ausrückungen, seine heimliche Mobilmachung waren eine große Gefahr für Deutschland. An einer Konferenz teilzunehmen, während deren Dauer die Mobilmachung weitergegangen wäre, wäre politischer Selbstmord gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Obwohl die englischen Staatsmänner wußten, was aus ihrem Bündnis hervorgeht, daß die russische Mobilmachung zum Kriege mit Deutschland führen mußte, haben sie kein Wort der Warnung gegen die militärischen Maßnahmen an Rußland gerichtet, während mein Antvorspanger in der Instruktion vom 29. Juli 1914 an den kaiserlichen Botschafter in Wien die Direktive gab, zu sagen: „Wir erfüllen gern unsere Bündnispflicht, aber wir müssen es ablehnen, uns durch Österreich-Ungarn durch Nichtachtung unserer Ratsschlüsse in einen Weltkampf verwickeln zu lassen.“ So schreibt kein Mann, der einen Weltkrieg entzünden würde, so schreibt nur ein Mann, der für den Frieden ringt und der um den Frieden gerungen hat bis zum äußersten. Der Aufmarsch der russischen Heere zwang Deutschland, zum Schwert zu greifen, uns blieb keine Wahl, und was vom Krieg selbst gilt, gilt auch von unseren Waffen, insbesondere von der U-Boot-Waffe. Wir weisen den Vorwurf zurück, daß der U-Bootkrieg völkerrechtswidrig sei und gegen die Menschlichkeit verstoße. (Beifall.) England hat uns die Waffe in die Hand gedrückt, durch seine völkerrechtswidrige Seesperre hat es den neutralen Handel mit Deutschland unterbunden und den Auslieferungskrieg proklamiert. Unsere schwache Hoffnung, daß Amerika an der Spitze der Neutralen der englischen Rechtswidrigkeit Einhalt tun werde, ist eitel gewesen, und der letzte Versuch, den Deutschland gemacht hat, durch ein christliches Friedensangebot das Äußerste zu vermeiden, ist schiefgeschlagen. Da durfte und mußte Deutschland dieses letzte Mittel als in der Notwehr erprobte Gegenmaßregel nun auch bis zum Äußersten durchführen zur Abföhrung des Krieges. (Beifall.) Der U-Bootkrieg leistet das und noch mehr, als man von ihm erhofft hat. Falsche Nachrichten, die aus Geheimnissen in die Öffentlichkeit gedrungen sind (Sehr gut!), haben eine Zeitlang ein gewisses Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen. Das hängt wohl damit zusammen, daß voreilige Prophezeien die Erwartung ausgesprochen hatten, daß infolge des U-Bootkrieges der Krieg zu einer bestimmten Zeit zu Ende sein würde. Sie haben dem Vaterland keinen Dienst erwiesen. (Sehr richtig! Hellfroh!) Unruhe. (Glocke des Präsidenten.) Ich stelle fest, daß der U-Bootkrieg in der Vermeidung feindlichen Proklamations das leistet, was er sollte. Er schadet Englands Wirtschaft und Kriegsführung von Monat zu Monat wachsend, so daß dem Friedensbedürfnis nicht lange mehr wird entgegengeköhrt werden können. Wir können der weiteren Arbeit unserer vaterländischen U-Bootmänner mit vollem Vertrauen entgegengehen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Ich will den Augenblick, da ich an der Stelle stehe, wo man in weithin hörbarer Weise in das Land hineinreden kann, dazu benutzen, um unsere Truppen an allen Fronten, zu Land und zu Wasser, in der Luft und unter der See, von der Heimat zu begrüßen. (Lebhafter Beifall.) Was unsere Heere unter der Leitung ihrer großen Führer in den drei Jahren geleistet haben, das ist in der Weltgeschichte unerbört. (Lebhafter Beifall.) Und unser Dank ist unaussprechlich. (Beifall.) Aber wir denken auch dankbar an unsere treuen und tapferen Bundesgenossen. Die Waffenbrüderschaft, die in heißen Kämpfen geschlossen wurde und erprobt ist, wird nicht gelöst. (Beifall.) Von Deutschland wird die Bundesgenossen an den Verträgen und an den Abmachungen festgehalten.

Die Berichte der Obersten Heeresleitung über die militärische Lage sind sehr gut. Im Westen sind die Offensiven der Engländer und der Franzosen gescheitert und die Gegenangriffe unserer Heere beweisen ihre ungebrochene Kraft und ihr besseres Können. (Lebhafter Beifall.) Im Osten ist infolge der russischen inneren Wirren der Angriff der Millionenheere nicht zur Ausführung gekommen, es trat verhältnismäßige Ruhe ein. Erst nachdem falsche Nachrichten und Dekretien die Soldaten in Rußland von neuem aufgeschreckt haben, kam es zur jetzigen Offensive. Ihr Ziel waren Lemberg und die galizischen Östereichen, um unseren U-Bootkrieg zu schädigen. Rußland hat mit seiner Rücksichtslosigkeit unter ungeheuren Opfern nur geringe Vorteile erzielt. Vor einer halben Stunde habe ich ein Telegramm des Feldmarschalls von Hindenburg erhalten; es lautet folgendermaßen: „An den Reichskanzler des Deutschen Reiches, Reichstag. Durch die russische Offensive in Galizien herausgefordert, hat dort heute ein harter Angriff eingesetzt. Unter persönlicher Leitung des Generalfeldmarschalls Prinz

Verbod von Bayern haben deutsche, unterstützt durch österreichisch-ungarische Truppen die russischen Stellungen bei Pleschow durchstoßen.“ (Zurufe links: Stimungsmadel Unruhe und Haß: Pfui!) Jene Vorteile Rußlands sind beinahe wieder ausgeglichen. Griechenlands durch Gewalt gezwungen, ist in den Krieg gegen uns eingetreten. Unsere gemeinsam mit den kämpfenden Bulgaren gehaltene Front hält Stand. Italien wird selbst die letzte Frontschlacht nicht das von ihm und seinen Bundesgenossen ersehnte Ziel bringen, nämlich was das Ziel seines Wortbruches war, den Besitz von Triest. Im Kaukasus und im Palästina hat der Kampf wegen der Jahreszeit aufgesetzt. Wenn er wieder aufblüht, dann werden die Feinde das türkische Heer neu gerüstet finden. (Beifall.) Der hoffnungsvollen Stimmung der Entente-Länder über das Eingreifen Amerikas sehen wir ohne schwere Bedenken zu. (Erneuter Beifall.) Wir haben ausgerechnet, wieviel Frachtraum erforderlich ist, um eine neue Armee von Amerika nach dem europäischen Kontinent zu entsenden, wieviel Tonnage dazu gehört, um ein solches Heer zu ernähren. Frankreich und England können es selbst kaum, ohne ihre Kriegswirtschaft zu beeinträchtigen. Nach unseren bisherigen Erfolgen werden wir auch des neuen Gegners Herr werden. Das ist unsere feste Überzeugung und Zuversicht. (Beifall.) Wir und unsere Bundesgenossen können also der weiteren Entwicklung der militärischen Ereignisse mit ruhiger Sicherheit entgegengehen. (Erneuter Beifall.) Und trotzdem ist in allen Herzen die brennende Frage, wie lange noch der Krieg dauern soll. Ich komme hiermit zu dem, was im Mittelpunkt des Interesses aller steht. Deutschland hat den Krieg nicht gewollt, Deutschland hat ihn nicht gewollt, um Eroberungen zu machen, um seine Macht gewaltsam zu vergrößern und darum wird es den Krieg auch nicht einen Tag länger führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, bloß um gewalttätige Eroberungen zu machen. (Hört, hört! Bei den Sozialdemokraten.) Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solchen machen, daß wir ihn selbst erfolgreich durchgesetzt haben. Die jetzige Generation und die kommenden Generationen sollen diese Kriegsprüfungzeit als eine Zeit unerbörter Tapferkeit und Opferbereitschaft unseres Volkes und unserer Heere in leuchtendem Gedächtnis behalten für die Jahrhunderte. (Lebhafter Beifall.) In diesem Geiste wollen wir in die Verhandlungen eintreten, wenn es Zeit ist. (Beifall.) Meine Herren! Wir können den Frieden nicht noch einmal anbieten. (Zustimmung.) Die Hand, die einmal ehrlich und friedensbereit ausgestreckt war, hat ins Meer gegriffen. (Erneute Zustimmung.) Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeiten sicher gestellt werden. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen im Wege der Verständigung (Beifall links und im Zentrum) und des Ausgleichs die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren. Der Frieden muß die Grundlage für eine dauernde Verbesserung der Völker bilden. (Lebhafter Beifall.) Er muß der weiteren Verbesserung der Völker, wie sie in wirtschaftlichen Abseuerungen liegt, vorbeugen. (Beifall.) Er muß uns davor sichern, daß sich der Waffenbund unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Trubund gegen uns auswähle. Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie aufstelle, erreichen. (Beifall.) Wenn die Feinde ihre Eroberungsgelüste, ihre Niederwerfungsgelüste aufgegeben haben und eine Verhandlung wünschen, dann ist das gesamte deutsche Volk und die deutsche Armee mit ihnen zu führen, die mit diesen Erklärungen einverstanden sind. (Hört, hört! Links und im Zentrum, lebhafter Beifall.) Darin einig, daß wir den Gegner, der die Fühler ausstreckt, fragen, was er uns zu sagen habe, denn wir wollen ehrlich und friedensbereit in die Verhandlungen eintreten. (Beifall.) Meine Herren! Bis dahin müssen wir ruhig und geduldig und mutig ausharren.

Die gegenwärtige Zeit, in der wir leben, ist auf dem Gebiete unserer Ernährung die schwierigste, die wir bisher durchgemacht haben. Der Monat Juni war der schlimmste, das wußten wir, Trockenheit hatte das Wachstum zurückgehalten und es hat in der Tat billiger Not geherrscht, aber ich kann die frohe Zuversicht aussprechen, daß in kurzer Zeit eine Erleichterung eintreten wird und daß dann die Bevölkerung wieder reichlicher wird versorgt werden können. (Beifall.) Aber die Ernte ist noch nichts Gewisses zu sagen, aber das steht heute schon fest, daß sie besser wird, als die vorherige war. (Sehr richtig!) Die Ökonomie sind etwas kurz, aber die Körnerbildung ist vortrefflich und wir werden in diesem Jahre mit einer mittleren Ernte zu rechnen haben. In weiten Kreisen des Reiches ist überall sehr wohl rechtzeitige Regen gefallen, um die Kartoffeln zum Wachsen zu bringen. Wir hoffen auf eine gute Kartoffelernte. (Sehr gut!) Und wenn wir das, was uns aus Humanität zuwachsen wird und aus den anderen besetzten Gebieten, für unsere Wirtschaft vorrätig verwenden, dann wird auch die Futtermittelproduktion überaus werden; vor der wir sonst stehen. Es ist in diesen drei Kriegsjahren der Beweis erbracht worden, daß selbst bei einer schlechten Ernte wie 1916 Deutschland überhaupt nicht ausgehungert werden kann. Bei strenger Erfassung und bei voller Rationierung reichen die Vorräte, und das ist ein unbedenkbarer Vorteil gegen England. Es hat in weiten Kreisen die schmerzliche Erfahrung gemacht werden müssen, daß infolge der Kriegswirtschaft das Verhältnis der Bevölkerung in Stadt und Land eine Krübung erfahren hat. Hier muß unbedingt Aufklärung erfolgen. (Sehr richtig!) Wir müssen in erster Linie die Landwirtschaft davor bewahren, daß in dem neuen Wirtschaftsplan die Nationen, die ihr zugewiesen werden, insbesondere auch für das Vieh, so geregelt werden, daß es von vornherein ausgeschloffen wäre, damit zu reichen. Das war ein Fehler des vorigen Jahres. (Sehr richtig!) Der glatt zugegeben wird. Denn das hatte natürlich zur Folge, daß notwendiger und darum entschuldbarerweise Gesetzesvertretungen vorliefen. Und es muß auch die städtische Bevölkerung die großen Schwierigkeiten würdigen, unter denen die Landwirtschaft in der Kriegswirtschaft jetzt zu leiden hat. Und umgekehrt muß überall in der ländlichen Bevölkerung volles Verständnis dafür bestehen, wie groß die Not in der industriellen Bevölkerung und in den großen Städten ist. (Sehr richtig!) Wenn das geschieht, dann wird die Annäherung erfolgen, wird der eine für den andern das leisten, was er kann und wozu er verpflichtet ist. Die erste wichtige Entscheidung der Verpflegung von hunderttausenden Kindern auf das Land kann es vielleicht zurückgewinnen. Aber wir müssen auf alle Weise dafür sorgen, daß dieser Gegenstand gemindert und ausgeglichen, doch er besichtigt werde. (Sehr richtig!)

Sie können von mir, der ich erst fünf Tage im Amt bin, nicht erwarten, daß ich mich über die schwebenden Fragen der inneren Politik heute erschöpfend und abschließend äußere, aber ich will folgendes sagen. Nach dem Erlaß der allerhöchsten Votschaft vom 11. Juli über das Wahlrecht in Preußen stelle ich mich selbstverständlich auf deren Standpunkt. (Beifall links.) Ich halte es für nützlich und für notwendig, daß zwischen den großen Parteien und der Regierung eine engere Fühlung herbeigeführt werde und bin bereit, soweit das möglich ist, ohne den

bundesstaatlichen Charakter und die konstitutionellen Grundlagen des Reiches zu schädigen, alles zu tun, was dieses Zusammenarbeiten wir tun zu voll macht. Ich halte es auch für wünschenswert, daß das Vertrauensverhältnis zwischen dem Parlament und der Regierung dadurch enger werde, daß Männer an leitende Stellen berufen werden, die neben ihrer persönlichen Signatur für die leitenden Stellen auch das volle Vertrauen der großen Parteien der Volksvertretung genießen. Selbstverständlich ist das alles unter der Voraussetzung nur möglich, daß von der anderen Seite anerkannt werde, daß das verfassungsmäßige Recht der Reichsleitung zur Führung der inneren Politik nicht geschmälert werden dürfe. (Beifall rechts.) Ich bin nicht willens, mir die Führung aus der Hand nehmen zu lassen (Beifall auf verschiedenen Seiten des Hauses, Beifall.)

Wir fahren in wildbewegter See und in gefährlichem Fahrwasser, aber das Ziel steht uns leuchtend vor Augen. Das, was wir ersehnen, ist ein neues herrliches Deutschland, nicht ein Deutschland, das mit seiner Waffengewalt die Welt terrorisieren will, wie unsere Feinde glauben, nein, ein sittlich geläutertes, ein gottesfürchtiges, ein treues, ein friedliches, ein machtvolles Deutschland, das wir alle lieben. Und für dieses Deutschland wollen wir kämpfen und leiden, für dieses Deutschland wollen unsere Brüder draußen bluten und sterben und dieses Deutschland wollen wir erkämpfen, allen Feinden zum Trost. (Allseitiger Beifall.)

Abg. Lehmann (Ztr.) bringt im Auftrag des Zentrums, der Sozialdemokraten und der fortschrittlichen Volkspartei die folgende Entschließung dieser Parteien ein. Mit dieser Entschließung verbindet das deutsche Volk seine Bereitschaft zu einem für alle Teile ehrenvollen Frieden. (Beifall.) Dies ist kein Friedensangebot, nur eine Friedensleistung und gebung, die nicht als Schwäche ausgebeutet werden kann. Denn wir sind zum Schicksal bereit und zum Siegen befähigt. Nun haben das Wort unsere Feinde. Weisen die Gegner die Hand zurück, so wird das deutsche Volk in gerechtem Zorn aufblühen und beweisen, daß es in seiner Einigkeit unüberwindlich ist. Wir wünschen das gleiche Wahrecht auch in Preußen. Ohne innere Kämpfe muß das Versprechen bald erfüllt werden. Bei der Paritätarisierung wollen wir die Rechte der Bundesstaaten und des Kaisers wahren. Das Amt des Reichskanzlers hat in den Wirnissen der letzten Wochen seinen Inhaber gewechselt. Es hat etwas Tragisches an sich, daß dieser Mann fiel, der stets für den Frieden eintretet, als es sich um eine Friedenssaktion handelte und um eine Verheerung der Volkrechte. Er hat das deutsche Volk häufig durch seine tiefdankbaren Reden gestärkt und zur Begeisterung sorgereizt und das soll ihm nicht vergessen werden. Dem neuen Reichskanzler kommen wir mit Vertrauen entgegen. Wir hoffen, daß es ihm gelingen wird, das deutsche Volk in Geschlossenheit zusammenzufassen und einen Frieden herbeizuführen, der die freie, politische und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes sichert und in seinen Grundlagen eine Verbesserung der Völker erhoffen läßt. (Beifall.) Wir wollen stets gerüstet sein. Unser Heer und unsere Flotte eilen wir mit Bewunderung und stolzer und herzlicher Dankbarkeit. Ihr Gedankensollen wir erhalten. Es weicht und wankt nicht. Ihrem Beispiel wird die Heimat folgen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Schiedemann (Soz.): Die Art, wie der frühere Reichskanzler bekämpft worden ist, war widerlich. Er hat uns das gleiche Wahlrecht gebracht. Niemand hat die Öffentlichkeit so getäuscht, wie die „Deutsche Tageszeitung“, der Graf Reventlow, der der Hauptanführer des Krieges mit Amerika war, vielleicht nicht nur dieses allein. Man meinte, der U-Bootkrieg könne den Krieg noch in diesem Sommer beenden. Diese Illusion mußte zusammenbrechen. (Aufse: Stellen Sie sich doch nicht unwissender als Sie sind. Unruhe.) Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) In der Verteidigung sind wir unüberwindbar. Ohne das Eroberungsgerede hätten wir weniger Feinde in der Welt und vielleicht länger den Frieden. Was die Resolution ausspricht, ist längst geistiges Gemeingut des ganzen deutschen Volkes. Mögen die feindlichen Völker wissen, daß wir keine Eroberungspläne haben, sondern einen gerechten, durch internationale Rechtsparanien gesicherten Frieden wünschen. Wir können dem Norden schon morgen ein Ende setzen. Wenn die Feinde ab, so werden wir weiter kämpfen. Jeder Reichskanzler muß im Sinne der Resolution handeln. Die gleiche Resolution wird im englischen Unterhaus eingebracht werden. Morgen können die Friedensverhandlungen beginnen. Wir brauchen einen Reichskanzler, der uns vom Weltkassenwahn befreit. Das deutsche Volk will Taten sehen. Der Reichskanzler! Ich bitte Sie dringend, sorgen Sie dafür, daß die Registrierperiode des Abgeordnetenhauses nicht verlängert wird. Schnell muß die Vorlage gebracht werden. Befreien Sie uns von der schmachvollen Zensur. Zensur ist der Zwang zur Lüge, sie trägt zur Verleugung des Krieges bei. Nur durch Wahrheit kommt der Friede. Öffnen Sie die Gefängnisse und Zuchthäuser auch für die Feinde und alle, an deren persönlicher Ehrenhaftigkeit nicht zu zweifeln ist. (Zurufe bei den unabhängigen Sozialdemokraten: Sie haben kein Recht für Feindschaft zu sprechen! Reden rechts.)

Im Sinne der Resolution bewilligen wir die Kredite nicht dem Reichskanzler oder der Regierung, sondern unserem Vaterland, das zu neun Zehntel auf dem Boden der Resolution steht. Das Volk braucht den Frieden. Abenteuer wie in Mexiko und Christiana müssen unmöglich gemacht werden für alle Zukunft. Jetzt sprechen nicht mehr die Radikaler zueinander, jetzt spricht Volk zu Volk, Mensch zu Mensch. Kein Volk wollen wir verewaltigen oder entsetzen. Aus Schwäche schlägt die Menschheit diesen unglückseligen Krieg mit sich selber. Was die Welt braucht, ist der Wille und die Kraft zum Frieden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. von Bayer (B. Sp.): Dem neuen Reichskanzler können wir unbereinigten entgegen. Wir halten dabei fest an dem demokratischen Prinzip. Treuen sich unsere Wege von ihm, so treten wir in entschiedene Opposition zu ihm, hoffentlich erst nach dem Kriege. Den Frieden hat weniger die Regierung zu schließen, als die Völker, wobei natürlich der formellen Verantwortung der Regierungen. Bewegungen wie die all-deutschen müssen künftig unmöglich sein. Wir erstreben jetzt keine einmütige Kundgebung. Klarheit muß geschaffen werden über jeden einzelnen. Daher werden wir namentlich abstimmen. Ein Friedensangebot soll die Resolution nicht sein. Dazu haben wir keinen Anlaß mehr. Sie ist kein diplomatisches Werk, sondern eine schlichte, grabmündige Kundgebung. Mit Genugtuung stellen wir fest, daß sich Reichskanzler und Oberste Heeresleitung zu unserer Resolution bekennen. Das mag auch die noch schwankenden bestimmen, zu uns herüberzukommen. Wir erkennen dankbar das Verständnis für eine moderne Staatsgestaltung an. Es wäre kein verhängnisvolles Spiel mit dem Wohl Frankreichs und des Deutschen Reiches, wenn mit diesen Aufstufungen gespielt würde. Wenn hätten die Erfahrungen der letzten Tage nicht von der Notwendigkeit des parlamentarischen Regimes überzeugt? Der neue Reichskanzler wird sich nicht voll zu den Tagesfragen und zu den Friedenszielen schlußfahig gemacht haben. Wägen, der sein Holz zum Scheitern für den früheren Kanzler trägt, hat wohl heute schon erfahren, daß er bei dieser unruhigen Staats-

tion nicht auf seine Kosten gekommen ist. Wir brauchen eine speziell deutsche Parlamentarisierung, wie es das Verbrechen darstellt, bemühte Parlamentarier zu den leitenden Stellen heranzuziehen und die Schaffung eines Kriegs- oder Friedensrates. Der demokratische Gedanke hat in den letzten Wochen starke Fortschritte in Deutschland gemacht. Unsere siegreichen Armeen halten die Front. Täglich vernehmen wir die Heldentaten unserer Flotte. Die heranwachsende Ernte läßt uns ruhig in die Zukunft blicken. Wir werden und wollen durchhalten bis zum siegreichen Ende, gedanken aber auch der unendlichen Opfer, die der Krieg erfordert hat und noch fordern wird. Wir müssen überlegen, ob, was bei einer etwaigen Fortsetzung des Krieges gewonnen werden könnte, der Opfer wert ist. Wollen unsere Feinde nicht, so wird unser Volk in Waffen und in der Heimat weiter durchhalten wie zuvor. (Weisfall.)

Vizepräsident Dr. Baasche teilt mit, daß von den Unabhängigen Sozialdemokraten eine weitere Resolution eingegangen ist.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Wir begrüßen den neuen Reichskanzler in seinem Amte und sprechen den aufrichtigen Wunsch aus, daß es ihm gelingen möge, die Geschäfte des Reichs mit vollem Erfolge zu führen und die inneren Kräfte des Volkes zusammenzufassen. Jede Befundung unseres Friedenswillens wird als Zeichen unseres Niederbruchs gedeutet und verhängt nur den Krieg. Wir bedauern diesen Schritt. Er sichert nicht unsere Zukunft und entspricht nicht unserer Dankbarkeit für unsere Truppen und ihre Führer. (Widerspruch.) In Friedensverhandlungen wird Deutschland bereit sein, sobald die Feinde unter Verzicht auf ihre Forderungen sich zu Verhandlungen anbieten. Dann wird der Friede so gestaltet werden müssen, daß er Deutschlands Ehre schützt. Opreußen darf nicht wieder den Urtum eines russischen Heerzuges ausgesetzt werden. (Tranorute.) Durch Verständigung, die auf dem guten Willen der Feinde beruht, läßt sich dieses Ziel nicht erreichen. Die Entschädigung entspricht nicht unserer Auffassung. Wir lehnen sie daher einstimmig ab.

Abg. Prinz Schünburg-Gareath (Kons.): Wir werden die Resolution ablehnen. Die Feinde würden sie ebenso mißverstehen und entstellen, wie das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916. (Sehr richtig.) Unsere Kraft ist ungebrochen. Unauslöschlich ist unser Dank für die militärischen und wirtschaftlichen Leistungen unseres Volkes und seiner Verbündeten. Unsere Truppen stehen immer noch unüberwindlich in Feindesland. An ihrer Tapferkeit zerschellt jeder Angriff. Die Leistungen unserer U-Boote haben unsere Erwartungen übertroffen. Mit voller Zuversicht sehen wir der Zukunft entgegen, aber auch heute noch bekennen wir uns zu dem Satz der Thronrede vom 4. August 1914, daß uns nicht Eroberungslust treibt. Wir sind zum Friedensschluß bereit, der dem deutschen Volke volle Wahrung seiner Grenzen und eine dauernde Befriedung der Völker gewährleisten soll.

Vizepräsident Dr. Baasche teilt mit, daß über die Resolution nomina abgestimmt werden wird.

Abg. Wermuth (D. Fr.): Die Mehrheit meiner Freunde wird die Resolution ablehnen. Wir hegen zu Herz und Flotte und zum Opfermut unseres Volkes die Hoffnung, daß wir uns den Frieden erkämpfen werden. Erwägungen über Kriegsziele sind bei unserer Stellungnahme nicht maßgebend gewesen.

Abg. Baasche (U. Soz.): Klarheit hat die Rede des neuen Reichskanzlers nicht gebracht. Sie war eine öffentliche Verneinung der Resolution, aber nicht ohne Vorbehalt. Dr. Michaelis ist der Vertrauensmann Hindenburgs und Ludendorffs und diese sind gegen die Resolution. Die Erklärung des neuen Reichskanzlers ist eine Brückung des Reichstags. Erst nach seinem Schluß sollen die neuen Regierungsmänner ernannt werden. Die Demokratisierung Preußens und des Reiches ist nötig, wird aber nur durch Kampf erreicht werden. Die Resolution enthält nichts über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wir fordern allgemeine Abrüstung. Die Sonderfriedensverhandlungen, die von den drei Offizieren verhandelt worden sind, wurden vom Arbeiter- und Soldatenrat als Kränkung empfunden. Es handelt sich dabei um einen geheimen Sondervertragsfall. Der Arbeiter- und Soldatenrat will aber wie wir einen allgemeinen Frieden. Wir haben nicht das Vertrauen zu der Regierung und lehnen deshalb die Kredite ab. Mit gleichem Maße messen die Zentrumskreise nicht. Unsere Presse wird systematisch verfolgt, unsere Vereinsversammlungen werden verboten. Überall tritt unerbittlich Schilone hervor. Das Verbot ist gefast hat, wofür er im Zuchthaus gepeinigt und mit Schuttmacherarbeiten beschäftigt wird, sagen heute Hunderte nach ihm.

Abg. Mühlte ruft: Mehr als dies: Er muß hungern!

Der Präsident ruft ihn zur Ordnung.

Abg. Baasche (fortf.) Die Massen in Rußland, Frankreich und Italien wollen den Frieden wie die Massen bei uns. Das beweist auch die Internierung an der Ostfront. Sie wollen wie wir wirken im Interesse der gemeinsamen Kultur.

Abg. Senke (Soz.): Wir halten an unseren früheren Erklärungen fest, wonach wir es als natürliches Recht jedes Volkes ansehen, sich ungehindert nach seiner Eigenart zu entwickeln. In diese Erkenntnis Gemeinut der Völker, dann gibt es einen Frieden zum Wohle und Glücke der ganzen Menschheit. Die Friedensbewegung auch in der Resolution begrüßen wir. Im übrigen erfüllt die Resolution nicht unsere Grundwünsche. Wir enthalten uns der Abstimmung.

Abg. Hansen (Däne): Im Vertrauen, daß nach Beendigung des Krieges auch den Nordischen Völkern ihr Recht werden wird, stimme ich für die Resolution.

Damit schließt die erste Lesung.

In sofortiger zweiter Lesung wird die Kreditvorlage ohne Aussprache in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der äußersten Linken angenommen. Die Resolution der Unabhängigen Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Über die Resolution des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Fraktion wird namentlich abgestimmt. Von 347 Abgeordneten stimmten für die Resolution 214, dagegen 116 Abgeordnete; 17 enthalten sich der Abstimmung. Die Resolution ist somit angenommen. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Südekum (Soz.) erklärt, daß er für die Resolution gestimmt hätte, wenn er im Saal anwesend gewesen wäre.

Abg. Dr. Mayer-Kaufmann (Ztr.) beantragt sofortige dritte Lesung der Kreditvorlage.

Abg. Lechbour (U. Soz.) widerspricht, unterstützt von mehr als 15 Mitgliedern.

Die sofortige dritte Lesung der Kreditvorlage kann somit nicht erfolgen.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. Anfragen, Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß 1/2 11 Uhr.

Der verschärfte U-Boothrieg.

B.T.B. Berlin, 19. Juli. (Amtlich.) Neue U-Bootsverfolge in der Biscaya und im Atlantischen Ozean: 24 000 Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten

Schiffen befindet sich ein unbekannter bewaffneter beladener Dampfer von mindestens 4500 Bruttoregistertonnen, durch Fischdampfer gesichert, ein beladener Dampfer, der aus einem Geleitzug herausgeschossen wurde. Die Ladung der übrigen versenkten Schiffe bestand, soweit festgestellt, aus Stükgütern, Kohlen und Tonerde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zweiter Tagesbericht vom 19. Juli.

B.T.B. Berlin, 19. Juli, abends. (Amtlich.) In Flandern dauert die Artilleriebeschleucht an.

Veranschlagt durch die Offensive, welche die russische Armee auf Befehl ihrer Regierung trotz ihrer Friedensbestrebungen an unseren Fronten unternommen hat, sind wir in Ostgalizien zum Gegenangriff übergegangen. Deutsche Korps haben die Stellungen östlich von Biorow in breiter Front durchbrochen.

Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

B.T.B. Wien, 19. Juli. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Kalusz versuchten die Russen mit Einsatz starker Kräfte die ihnen entziffenen Höhen zurückzugewinnen. Ihre Anstrengungen scheiterten unter schweren Feindverlusten. Nördlich des Dniestr bis gegen Brody lösten erfolgreiche Störtruppunternehmungen lebhafteres Geschützfeuer aus, das sich namentlich heute früh in einzelnen Abschnitten zu beträchtlicher Heftigkeit steigerte. Auch in Wolhynien waren österreichisch-ungarische und deutsche Störtrupps mit günstigen Ergebnissen in Tätigkeit.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabs.

Neue, sehr schwere Unruhen in Petersburg.

* Eine Neutermelbung vom 18. berichtet dem B.T.B. zufolge aus Petersburg:

Nach dem Hauptbureau des Kommissars des Ditevny-Bezirks wurden gestern über hundert Verwundete gebracht. Abends begegnete die Reiterer und die Arbeiter der roten Garde einen Trupp unbewaffneter Kosaken und beschossen sie. Dabei wurden mehrere Personen getötet und verwundet. Auf dem Rosoff-Prospekt wurden Kosaken von einem vorbeiziehenden Regiment beschossen, das in voller Ausrüstung mit Mäusen und Rosafahnen vorbeizog. Hier wurden 5 Personen getötet und 25 verwundet.

Den „Daily News“ wird von hier über die Ereignisse vom Dienstag berichtet: Als der Rücktritt der Minister der Kadettenpartei allgemein bekannt wurde, ging der Sturm los. Man sagte die Ereignisse als einen Beweis für die Schwäche der Regierung auf. Zuerst wurde ein Eisenbahnzug auf der finnischen Bahnhöhe von einer Gruppe Soldaten mit Maschinengewehren in einer Station außerhalb Petersburg angehalten. Darauf begann man in Petersburg selbst mit der Anhäufung von Automobilen. Die Menge beschlagnahmte fast alle Regierungsaufzüge und auch die Automobile des früheren Gafes, die jetzt von den Ministern benutzt werden. Auf dem Rosoff-Prospekt erschienen wie in den Tagen der Revolution Automobile mit Soldaten und Maschinengewehren, sowie Panzerautomobile. Es entstand eine allgemeine Schiere. Zum Schluß kam es zu einem regelrechten Feuer aus den Maschinengewehren in den Automobilen und zu Gewehrfeuer auf der Straße vor der englischen Botschaft. Die Menge, die nach dem Innern der Stadt ziehen wollte, wurde von den Kosaken aufgehalten. Auch dabei wurde geschossen.

Am Abend des 17. Juli brachte eine Flottille viele tausend Matrosen, Soldaten, Arbeiter und Arbeiterinnen von Kronstadt nach Petersburg. Heute trugen die Matrosen Banner mit Aufschriften gegen die Regierung durch die Stadt. In dem Zug sah man auch die Banner des Kronstädter Anarchistenklubs mit der Aufschrift: „Weg mit der Regierung, es lebe die Kommune!“ Ein vom Ministerpräsidenten Fürst Nowikow an die Regierungskommissare in der Provinz gerichteter Rundtelegramm sagt u. a., am Morgen des 17. Juli seien in Petersburg mehrere militärische Einheiten aus Kronstadt, Oranienbaum und Peterhof angekommen, denen sich auch drei Regimenter und ein Grenadierbataillon der Petersburger Garnison angeschlossen. Begleitet von einer ungeheuren bewaffneten Menschenmenge hätten sich diese Einheiten zu einer bewaffneten Kundgebung zum Taurischen Palast begeben. Gleichzeitig seien zahlreiche bewaffnete Arbeiter auf die Straßen gekommen. Tagsüber habe es in verschiedenen Stadtteilen Revolven, Gewehr- und Maschinengewehrfeuer gegeben. Tote und Verwundete seien aufgefunden worden. Um 5 Uhr abends hätten Truppen und bewaffnete Arbeiter versucht, den Minister Peretti zu verhaften. Sie hätten sich auch des Arbeitsministers Tschernow bemächtigt, der aber später wieder in Freiheit gesetzt worden sei. Eine bewaffnete, äußerst erregte Menschenmenge habe versucht, in das Innere des Taurischen Palastes einzudringen.

Petersburg, 19. Juli. „Daily Chronicle“ meldet von hier: Fürst Nowikow stelle Bedingungen für sein Verbleiben im Amte. Die Schwierigkeiten in der Volksernährung nehmen zu. Arbeiter berichtet, ein außerordentlicher Kabinetlerat hat über den Antrag, den Sitz der einstweiligen Regierung nach Moskau zu verlegen, beraten.

Petersburg, 19. Juli. Die gemeinsame Versammlung des Ausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte und des Ausschusses der Bauernvertreter hat am Mittwoch nachmittag die durch die Ministerkrise geschaffene Lage besprochen und eine Entscheidung angenommen, daß der Rücktritt der Minister der Kadettenpartei nicht als Vorwand dafür dienen dürfe, die Regierung der Unterstützung der revolutionären Demokratie zu berauben. Andererseits wird aber die Ansicht ausgesprochen, der Rücktritt der Minister mache es nötig, daß die Demokratie von neuem ihre Aufmerksamkeit in dem gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick der Organisation der Regierungsgewalt widme. Die Versammlung beschloß, in 14 Tagen eine allgemeine Versammlung der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte und der Vertreter der Bauernräte einzuberufen, um die Frage der Organisation der neuen Regierungsgewalt und der Ernennung der Minister der Kadettenpartei im Einverständnis mit den genannten Ausschüssen zu besprechen. Die Entscheidung erklärt, daß die zur Erfüllung dieses Zweckes

Regierungsgewalt bei der gegenwärtigen Regierung verbleiben müsse, die nach den Beschlüssen des letzten allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland handeln solle. (B.T.B.)

Aus der Pfalz.

* Im Sommertheater erlebte am Mittwoch János belohnte Operette „Die Försterrösel“ eine im großen Ganzen recht flotte und temperamentvolle Aufführung unter der bewährten musikalischen Leitung von Kapellmeister Schweppe. Die gesanglichen und darstellerischen Einzelleistungen entsprachen im allgemeinen den Erwartungen, die man nach den bisherigen Darbietungen des Ensembles erwarten durfte. Maria Klaus, deren gesangliche Routine für die Operette genügen könnte, zeigte in Geistes und Sprache leider auch diesmal die berbe, unfeine Note, die schon öfter an ihr getadelt wurde. Sehr sympathisch und vornehm verkörperte R. Wiesendanger vom Stadttheater in Straßburg als Gast die Rolle des Kaisers Joseph. Die übrigen Darsteller, darunter die Damen Johanna Mayer und R. Adam-Schmieder und die Herren E. Wiesendanger, A. Scherzer und E. Herz, sowie die Chöre und das Orchester boten durchweg Gutes.

Neueste Drahtnachrichten.

B.T.B. Großes Hauptquartier, 20. Juli, vormittags. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern erreichte nach regnerischem Vormittag der vorübergehend ein Nachlassen der Kampfaktivität zur Folge hatte, die Artilleriebeschleucht von Mittag an wieder äußerster Heftigkeit.

Feindliche Vortöße bei Lombartöhe und östlich von Messines scheiterten.

An der Artois-Front lebhafter Feueraktivität zwischen La Bassée-Kanal und Lens, besonders südöstlich von Loos. Bei Gavrelle nachts vorstoßende englische Bataillone wurden zurückgeworfen.

Auch bei Ronchy griffen nach heftiger Feuerwelle die Engländer erneut an, ohne weitere Erfolge zu erzielen.

Südwestlich von St. Quentin erlitten die Franzosen bei dreimaligem vergeblichem Angriff gegen die von uns gewonnenen Gräben blutige Verluste.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz. Nordwestlich von Craonne nahmen märkische und Gardegruppen nach kurzer starker Feuerwirkung Teile der französischen Stellung auf dem Winterberg. Der Feind leistete erbitterten Widerstand und hatte schwere Verluste. Über 375 Mann sind gefangen, zahlreiche Grob- und Kleinwaffen als Beute eingebracht worden. Erst abends setzten Gegenangriffe der Franzosen ein; sie führten zu schweren nächtlichen Kämpfen, bei denen einige der von uns gewonnenen Gräben wieder aufgegeben wurden.

Bei den anderen Armeen, auch der

Heeresgruppe Herzog Albrecht außer einigen für uns günstig verlaufenen Vorkesselschritten keine besonderen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Am 1. Juli hatte die russische Regierung in Ostgalizien einen Teil des russischen Heeres zur Offensive geführt, die nach spärlichen Anfangserfolgen infolge ungeheurer Verluste bald ins Stocken kam. Der russische Soldat, dessen Wunsch nach Frieden an fast allen Stellen unserer Front in Annäherungsverjahren Ausdruck fand, war wieder umsonst für die Entente geopfert worden.

In Erwidrerung des Angriffes der Russen haben unsere Truppen gestern einen Gegenangriff begonnen.

Unter persönlicher Leitung des prinzipalen Oberbefehlshabers brachen deutsche Armeekorps nach wirkungsvoller Feuertorbereitung durch deutsche und österreichisch-ungarische Artillerie gegen die russischen Stellungen zwischen Sereth und Flota-Lipa vor und stießen über drei starke Verteidigungszonen durch. Der Feind hatte schwere blutige Verluste und wich in Auflösung zurück.

Bis zum Nachmittag waren einige Tausend Gefangene gemeldet.

Bei Jakobstadt, Dünaburg und Smorgon, sowie längs des Stochud und von der Flota-Lipa bis südlich des Dniestr nahm die Feueraktivität teilweise erheblich zu. Eigene Vortöße und gewaltsame Erkundungen führten mehrfach zu schönen Teilerfolgen.

Bei Nowiza und an der Lomnica sind neue starke russische Angriffe verlustreich abgeschlagen worden.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

In den Waldkarpathen stärkeres Feuer als in letzter Zeit. Auch in den Bergen östlich des Beckens von Rezdivazarely hat sich die Gefechtsaktivität gesteigert.

Bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madansky

und an der

Mazedonischen Front

nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Verantwortlich für den Staatsanzeiger und den redaktionellen Teil: Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Pädagogium Karlsruhe, B.

Führt bis Abitur (auch Damen), zum Einjähr.- (inkl. Not-) Examen, zur Primaner- und Fährlich-Prüf. — Klassen klein, Unterrichts indiv., Lösg. d. Aufg. unt. Aufs.; Fam.-Anschl. für Internat.; Gew. an Zeit, Preise mäßig; Kampf in Prosp. B. Wehl, Bes., Bismarckstr. 69, Tel. 1892.

Statt besonderer Anzeige.

Heute Nacht entschlief sanft nach kurzem Leiden unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Luise Armbruster

geb. Trautwein
Witwe des † Oberbauinspektors
Adolf Armbruster
im Alter von 67 Jahren.

Karlsruhe, den 20. Juli 1917.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:
Emma Kunzer geb. Neef,
Regierungsrat **Otto Kunzer**,
Ilse Kunzer,
Werner Kunzer.

Beerdigung: Sonntag, den 22. Juli 1917, nachm. 2 1/2 Uhr,
von der Friedhofkapelle aus.
Trauerhaus: Schumannstraße 3. F.148

Städtisch. Konzerthaus

Freitag, 20. Juli:
Försterchristl
Anfang 8 Uhr

Samstag, 21. Juli:
Der Soldat der Marie
Anfang 8 Uhr E.102

**Nächste Badische
Krieger-Feld-Lotterie**
Ziehung schon 3. August
3264 Geldgewinne u. 1 Prämie bar
37 000 M.
Mögl. Höchstgewinn.
20 000 M.
3263 Geldgewinne
17 000 M.
Lose à 1 M. 11 Lose 10 M.
Porto u. Liste 30 Pfg. empf.
Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer
Struberg i. E. Langstraße 107
Filiale Karlsruhe, Al.-Bauplatz 47 u.
Franz Pecher
Karlsruhe, Lützow 30 Gewerbank
Carl Götz, Nebelstr. 11/15.

Druckfichere
Gierschnachteln
für 6-100 Stück
Giereinsäbe
(Gier hochstehend) in Gefäß,
aus stark. Pappe u. doppelten
Wandungen, beh. geg. Druck
gesch., f. 6, 12, 15, 20, 25 Stk.
Reizter befond. für Behörden
und Gemeinden z. empfehlen.
Albert Sippel,
Papierwarenfabrik,
Wegingen, Württ.

Bürgerliche Rechtspflege.
a. **Streitige Gerichtsbarkeit.**
B.332. Konstanz. Das Kon-
kursverfahren über das Ver-
mögen des Meßgers und
Bauers Joseph Selg in
Konstanz-Allmannsdorf wur-
de nach Abhaltung des
Schlichterminns und vollzoge-
ner Schlichterteilung auf-
gehoben.
Konstanz, 17. Juli 1917.
Der Gerichtsschreiber
des Großh. Amtsgerichts.
B.333. Pforzheim. Über das
Vermögen, das dem Bijou-
erie-Exporteur Robert Fried-
rich, persönlich haftenden Ge-
sellschafter der offenen Han-
delsgesellschaft Robert Fried-
rich in Pforzheim, g. Bt.

unbekanntem Aufenthalt, nachträglich auf Ableben seiner Schwester, der Elsa Friedrich, angefallen ist, wurde heute, am 18. Juli 1917, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner zahlungsunfähig ist.
Der Herr Rechtsanwalt Weandl in Pforzheim wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 20. September 1917 bei dem Gerichte anzumelden.
Es ist Termin anberaumt vor dem Großh. Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 19, zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die im § 12 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf
Donnerstag, 9. August 1917, vormittags 11 Uhr
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Donnerstag, 4. Oktober 1917, vormittags 11 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schulden sind, wird aufgege-
ben, nichts an den Gemein-
schuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflich-
tung auferlegt, von dem Ver-
fäße der Sache und von den
Forderungen, für welche sie
aus der Sache abgeforderte
Befriedigung in Anspruch
nehmen, dem Konkursverwal-
ter bis zum 20. September
1917 Anzeige zu machen.
Gerichtsschreiberei
Großh. Amtsgerichts A. III.

**Bei
plötzlicher
Brandgefahr
ist Selbsthilfe
zwingend
notwendig!**

„MINIMAX“ - Handfeuerlöcher
stets gebrauchsbereit, unabhängig von Wasser-
mangel, leicht handlich, auch von Frauen und
Kindern zu handhaben. Ausführungen für
alle Zwecke von 40.- an
Über 900 000 Apparate im Gebrauch!
Über 48 000 gemeldete Brandlöschungen!
(Bericht aus dem Felde: ... „Die Brände wurden
sogleich erstickt, sodaß auch nicht ein einziger Mann
um sein Quartier gekommen ist.“
102 Menschenleben aus Feuersgefahr errettet!
Verlangen Sie Sonderdruckschrift „Hy“
„MINIMAX“ BERLIN W 9
Linkstraße 17 (C.13)
Fernruf Lützow 2919
„MINIMAX“ STUTTGART
Schwabstraße 106 (C.13)
Fernruf 1292

Prima K. Carbolineum
für Militärbehörden zum Anstrich von Holz, in Fässern,
100 kg M 35.— ab Station Stuttgart geg. Kassa od. Nachn.
Ferner empfehle:
Prima Etikettenleim
für Behörden, Druckereien, Geschäfte usw. in Kannen
von 10-50 kg Br. für Netto in Fässern von 250 kg.
Nettogewicht Faß wird berechnet, bei Retournierung zu-
rückvergütet, 100 kg M 60.— ab Stuttgart gegen Kassa
oder Nachnahme. — Anfragen bei
K. Pfannkuch, chem. techn. Produkte, Stuttgart
Telephon 12648 Hegelstraße 21
Kleinstversand ausgeschlossen

**Badische Lokal-Eisenbahnen A.-G.
Karlsruhe.**

4 1/2 % Anleihen der Jahre 1900 und 1901.
Gemäß § 3 des Gesetzes vom 4. Dezember 1899/14. Mai
1914 laden wir die Gläubiger aus unseren 4 1/2 % Teilschuld-
verschreibungen
Anleihe Ausgabe I vom Jahre 1900 (Nr. 1-4000)
Anleihe Ausgabe II vom Jahre 1901 (4001-8000)
zu einer Versammlung auf
Donnerstag, 9. August 1917, um 10 Uhr vormittags,
nach Karlsruhe, Saal III Brauerei Schrempf, Waldstr. 16,
zwecks Beschlußfassung über folgende Anträge ergeben ein:
a) Aussetzung der planmäßigen Tilgung der Anleihen auf
10 Jahre.
b) Herabsetzung des Zinsfußes der Anleihen um 1/2 % auf 4%
für die Zeit vom 1. Juli 1917 bis zum 30. Juni 1927.
Unsere Anleihen aus den Jahren 1900 und 1901 sind zu
gleichen Verzinsungs- und Tilgungsbedingungen ausgeben
worden. Aus der zeitlichen Verschiedenheit der Ausgabe er-
gibt sich lediglich ein Unterschied in den Tilgungszeiten und
zwar derart, daß die letzten Tilgungsraten der Anleihe des
Jahres 1901 ein Jahr später zur Rückzahlung gelangen, als
die entsprechenden Tilgungsraten der Anleihe des Jahres
1900. Da auch die Gründe, welche unsere Anträge nötig
machen, für beide Anleihen gleich sind, so laden wir die Gläu-
biger aus beiden Arten unserer Teilschuldverschreibungen auf
den gleichen Zeitpunkt zur Beratung unserer Anträge ein.
Die Beschlußfassung über dieselben muß indessen nach § 1
des oben erwähnten Gesetzes für jede Anleihe besonders und in
getrennter Abstimmung erfolgen.
In der Versammlung sind nur diejenigen Gläubiger stim-
m berechtigt, welche ihre Schuldverschreibungen spätestens am
zweiten Tage vor der Versammlung hinterlegt haben:
bei der Reichsbank, Berlin, Kontor für Wertpapiere,
bei einem Notar,
bei einem der nachbenannten Bankhäuser oder deren
Zweigstellen:
zu Karlsruhe bei der Filiale der Rheinischen Credit-
bank,
„ Badischen Bank,
„ Süddeutschen Disconto-Gesell-
schaft A.-G.;
zu Berlin bei der Direction der Discontogesellschaft
„ Berliner Handels-Gesellschaft,
„ Bank für Handel und Industrie,
„ dem Bankhause von der Heyd & Co.,
„ S. Weichardt;
zu Frankfurt a. M. bei der Filiale der Direction
der Disconto-Gesell-
schaft,
„ Filiale der Deutschen
Bank,
„ Filiale der Bank für
Handel und Industrie
zu Mannheim bei der Rheinischen Creditbank,
„ Süddeutschen Disconto-Gesell-
schaft A.-G.;
zu Köln bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein
A.-G.,
„ Bankhause Sal. Oppenheim jr.
& Cie.
Die Inhaber bereits ausgelieferter, aber noch nicht zur Aus-
zahlung vorgelegter Schuldverschreibungen werden von einer,
die Anleihebedingungen ändernden Beschlußfassung der Gläu-
bigerversammlung nicht mehr betroffen und haben demzufolge
in der Versammlung kein Stimmrecht.
Die Schuldverschreibungsinhaber werden gebeten, möglichst
frühzeitig ihre Teilnahme oder ihre Vertretung zu der Ver-
sammlung anzumelden. Anmeldungen werden am Tage vor
der Versammlung vorm. zwischen 8 1/2 und 12 Uhr und nach-
mittags zwischen 3 und 6 Uhr in unserem Geschäftshause zu
Karlsruhe, sowie auch am Versammlungstage von 9 1/2 Uhr ab
im Versammlungsraum entgegengenommen. Die Hinter-
legungscheine sind bei der Anmeldung vorzulegen. E.134.
Karlsruhe, den 14. Juli 1917.
Badische Lokal-Eisenbahnen A.-G.
Der Vorstand.
Claffen.

Familien-Drucksachen
liefert G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe

Marktpreise für die erste Hälfte des Monats Juli 1917. (Mitgeteilt vom Großh. Statistischen Landesamt)

Durchschnittspreise für 100 Kilogramm

Erhebungsorte	Weizen		Kornen (Speis)		Roggen		Gerste			Roggenstroh			Sonstiges Stroh (Krautstroh)			Heu								
							Braun-		andere	Hafers		Flegel-	gepreßt	lofe	Rasch-	Flegel-	gepreßt	lofe	Rasch-	gepreßt	lofe	Kleeheu		
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
Engen	25	50			21	50			25	25								5						
Silzingen																								
Konstanz																								
Waldhof																								
Neßkirch																								
Wülflingen																								
Nadolshell																								
Stetten a. f. M.																								
Stodach																								
Neberlingen																								
Freiburg																								
Rehl																								
Zahr																								
Waldheim																								
Offenburg																								
Staufen																								
Wilsach																								
Bruchsal																								
Durlach																								
Karlsruhe	27	38	27	38	23	38	36	28	30	5	4	70	5	5	4	4	4	4	4	4	4	12	11	13
Hallau																								
Hogberg																								
Rehderberg	27				23			25	27	6	50											10	60	10
Mannheim																								
Wiesbaden	27		27		23		25	25	30															
Wetzlar	27				23		32	32	28															